

## Spitäler rufen Parlamentarier auf den Plan

**Reaktionen** Gestern Morgen präsentierte der Verwaltungsrat der Spitalverbände seine blutroten Zahlen, am Nachmittag tagte das Parlament. Das Thema Spitäler fand über die Budgetdebatte denn auch Eingang in den Kantonsrat. Walter Locher (FDP) referierte aus der Medienkonferenz: Die Zahlen zeigten einmal mehr den dringenden Handlungsbedarf auf. «Passiert nichts, sind Eigenkapitalbezüge unumgänglich.» Es handle sich aber nicht nur um ein finanzielles Problem, sondern werde zunehmend zum Qualitätsproblem, sagte er. «Spitalfinanzen: Es ist fünf vor zwölf», lautet der dringliche Vorstoss seiner Fraktion zu aktuellem Anlass. In der Interpellation will die FDP-Fraktion von der Regierung unter anderem wissen, wie sie die Versorgungsqualität einschätzt und ob nach dem Notkredit für die Spitalregion Fürstentland Toggenburg weitere anstehen.

### Alle Fraktionen wollen handeln

In einem Punkt sind alle Fraktionspräsidentinnen und -Präsidenten mit Locher einig. Es muss etwas passieren. Zuerst gelte es aber, die Botschaft der Regierung und die Spitalsession im April abzuwarten. Während die CVP aus diesem Grund auf dringliche Vorstösse verzichtet, haben sich SP und SVP zusammengetan. «Leistungsabbau bis zum demokratischen Beschluss stoppen», lautet der Titel der dringlichen Motion. Um die politische Diskussion nicht weiter zu vergiften, brauche es klare Vorgaben der Politik, heisst es darin. Und weiter: «Präjudizierende Beschlüsse sind zu unterlassen.» Indem bereits Leistungen aus den bedrohten Spitälern nach Grabs, St. Gallen und Wil verlagert wurden, habe der Verwaltungsrat Einfluss auf die gestern präsentierten Zahlen der einzelnen Standorte genommen. Die beiden Vorstösse werden voraussichtlich in der heutigen Sitzung behandelt. (nh)

# Steuersenkung in letzter Minute

70 Millionen Franken weniger: FDP und SVP setzen durch, dass der Kanton St. Gallen eine Steuersenkung plant.

### Adrian Vögele

Der Kanton St. Gallen soll seine Steuern auf das kommende Jahr von 115 auf 110 Prozent senken: Diese Forderung haben SVP und FDP am Montag im Kantonsparlament im Alleingang durchgebracht – gegen den Widerstand von Regierung, SP, Grünen, CVP und GLP. Damit muss die Regierung die Steuersenkung in den Aufgaben- und Finanzplan aufnehmen. Der definitive Entscheid über den Steuerfuss fällt jedoch erst im Herbst, wenn das Parlament über den Steuerfuss entscheidet.

Der Angriff auf den Steuerfuss hat eine Vorgeschichte. Bereits in der Budgetdebatte im vergangenen November hatte die SVP spontan eine Steuersenkung beantragt. Damals machte die FDP nicht mit – über dieses Thema müsse man im Rahmen des (längerfristigen) Aufgaben- und Finanzplans diskutieren. Am Montag nun unterstützte die FDP die Forderung nach einer Steuersenkung – man handle damit «nur konsequent», sagte Fraktionschef Beat Tinner. Der Kanton habe genügend Eigenkapital, um die Steuersenkung zu finanzieren, so die Freisinnigen. Es sei Zeit, den Bürgern etwas zurückzugeben. Bei der Vorbereitung des Finanzplans in der Finanzkommission hatten FDP und SVP den Antrag jedoch nicht gestellt – trotz dieser Vorgeschichte.

### Scharfe Kritik von SP und CVP

Die anderen Fraktionen reagierten verärgert. Der Antrag sei unseriös vorbereitet und eine «schlecht getarnte Wahlkampfübung», sagte Yvonne Suter (CVP). Von «Hauruck-Finanzpolitik» sprach Peter Hartmann (SP). In den kommenden Jahren seien ohnehin bereits tiefere Steuererträge und Defizite im Finanzhaushalt zu erwarten, auch Bezüge aus dem Eigenka-



Finanzchef Benedikt Würth kämpfte im Parlament vergeblich gegen die Steuersenkung.

Bild: Regina Kühne

pital seien bereits vorgesehen. Mitte-Links kritisierte zudem, dass FDP und SVP keine klare Ansage dazu machen würden, wo sie denn sparen wollten.

Finanzchef Benedikt Würth wählte ebenfalls deutliche Worte: «Im Klartext wollen Sie ein Sparpaket», sagte er an die Adresse von SVP und FDP. Die Steuersenkung koste 70 Millionen Franken pro Jahr. Es sei «unverantwortlich, das Eigenkapital auf diese Weise zu verbrennen». Mit der Steuersenkung würden die Defizite noch höher. Würth erwähnte auch die Spitäler – die Regierung werde ihre Strategie dazu demnächst vorlegen. «Wenn Sie diese auch ablehnen, dann wäre das finanzpolitisch der Worst Case.» Die Warnungen blieben ohne Erfolg: FDP und SVP setzten sich mit 64 zu 50 Stimmen durch.

### Kommentar

## FDP und SVP greifen zum Brecheisen

Wahlkampf. Dieses Wort fiel gestern im Kantonsrat mehrmals, als FDP und SVP eine Steuersenkung durchbrachten. Tatsächlich war es die letzte grosse Finanzdebatte dieser Legislatur – und ob SVP und FDP ihre Mehrheit im Rat werden halten können, ist ungewiss. Die letzte Möglichkeit also für Mitte-Rechts, auf eigene Faust eine Steuersenkung durchzusetzen.

Dass FDP und SVP ihren Parteiprogrammen gerecht werden wollen, ist legitim. Nicht beantwortet haben sie

die Frage, warum sie die Steuersenkung nicht auf regulärem Weg in der Finanzkommission verlangt haben. Der Verdacht liegt nahe, dass sie bewusst mit dem politischen Brecheisen zu Werk gingen, um einer ausführlichen Debatte über die Konsequenzen der Steuersenkung aus dem Weg zu gehen. Diese Debatte ist aber notwendig, gerade angesichts der schwierigen Finanzlage der Spitäler, die just die FDP seit langem beklagt. Kann der Kanton auf 70 Millionen Franken Steuergeld pro Jahr verzichten? Wo müsste

allenfalls gespart werden? Dazu sind nun Antworten fällig. Ob das Manöver von FDP und SVP aufgeht, zeigt sich im Herbst. Dann entscheidet das Parlament definitiv über den Steuerfuss 2021 – in neuer Zusammensetzung.



Adrian Vögele  
adrian.voegel@tagblatt.ch

## Kantonsrat genehmigt «Neonazi-Paragrafen»

**Extremismus** Im zweiten Anlauf hat der St. Galler Kantonsrat am Montag einem Gesetzesartikel mit einem Verbot von extremistischen Veranstaltungen zugestimmt. Dafür brauchte es eine neue Fassung und die Unterscheidung zwischen öffentlichem Raum und privatem Grund.

Im Oktober 2016 hatte in Unterwasser im Toggenburg ein Rechtsrock-Konzert mit rund 5000 Neonazis aus dem In- und Ausland stattgefunden. Die Polizei war vom Grossanlass überfordert und griff nicht ein. Bei der politischen Aufarbeitung der Affäre wurden danach verschiedene Vorstösse eingereicht. Gutgeheissen hat der St. Galler Kantonsrat nun eine Motion der CVP, die ein Verbot von Veranstaltungen mit extremistischem Hintergrund verlangt.

Die St. Galler Regierung hatte einen neuen Artikel im Polizeigesetz vorgeschlagen, nach dem die Durchführung von Veranstaltungen verboten wird, «die nicht mit der demokratischen und rechtsstaatlichen Grundordnung vereinbar sind und das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung massgeblich beeinträchtigen». In der Novembersession diskutierte der Kantonsrat lange über den Artikel – ohne zu einem Ergebnis zu kommen.

Die Kommission zog Benjamin Schindler, Professor für öffentliches Recht an der Universität St. Gallen, bei und stellte im Dezember eine neue Fassung vor. Demnach soll es kein generelles Verbot geben. Umstrittene Veranstaltungen müssen im Einzelfall beurteilt werden. Die Fraktionen sprachen sich für die geänderte Fassung aus. (sda)

## Van Spyk erster freisinniger Staatssekretär

Vizestaatssekretär Benedikt van Spyk wird wie erwartet Nachfolger von Canisius Braun.

Der 40-jährige Benedikt van Spyk, Vizestaatssekretär, ist am Montag vom Kantonsrat diskussionslos mit 107 von 118 abgegebenen Stimmen zum neuen St. Galler Staatssekretär gewählt worden. Er wird in der Junisession als Nachfolger von Canisius Braun vereidigt, der 62-jährig nach zwölf Jahren zurücktritt.

Mit der Wahl des Freisinnigen geht die seit 1888 andauernde CVP-Ära im Amt zu Ende: 130 Jahre lang hatten die «Schwarzen» stets den «achten Regierungsrat» gestellt. Die historische Zäsur war im kurzen Wahlprozedere ebenso wenig Thema wie die Parteizugehörigkeit oder das Geschlecht. Offensichtlich bestanden fraktionsübergreifend keinerlei Zweifel über die fachlichen wie persönlichen Eignungen von Spysks für

die Stelle. Nachdem Lukas Schmucki (CVP), Leiter Parlamentsdienste, auf eine Bewerbung verzichtet hatte und eine parteiunabhängige Frau nach erfolgreichem Assessment Anfang Januar kurzfristig ihre Bewerbung zurückzog, war der Weg frei für den FDP-Mann. Die Wahl auf Vorschlag der Regierung ging prompt ohne Wortmeldung vonstatten. Van Spyk



Benedikt van Spyk. Bild: PD

durfte sich über lautstarken Applaus und zahlreiche Gratulationen freuen – Ausdruck der Wertschätzung gegenüber dem seit 2011 bei der Kantonsverwaltung tätigen Doktor der Rechtswissenschaften, der die Dienststelle Recht und Logistik leitet.

### Parteilosophisch wird er sich zurückhalten

Die spannende Aufgabe als Brückenbauer und Informationsvermittler an der Seite der Regierung reize ihn, doch suche er nicht das Rampenlicht, sagt van Spyk. «Dass man den Staatssekretär kaum kennt, ist ein Vorteil. Man ist an allen wichtigen Themen beteiligt, doch ohne die Belastung der öffentlichen Exponiertheit in der Exekutive.» Parteilosophisch werde er sich künftig «sehr zurückhalten»,

auch was die Beratung der Fraktion betreffe. Sein Mandat für die FDP im St. Galler Stadtparlament gibt er Ende Februar ab. Die eingeleitete Entflechtung der Dienste für Regierung und Parlament begrüsst er: «Das Amt des Staatssekretärs war überladen.» Anspruchsvoll werde der Rollenwechsel vom Teammitglied zum Personalleiter. «Es gilt, den Anforderungen der über 70 unterschiedlichsten Mitarbeitenden gerecht zu werden.» Dankbar ist van Spyk gegenüber dem «offenen St. Gallen», das ihn, aus Rheinfelden zum Studium zugezogen, als Fremdling herzlich aufnahm. «In Basel beispielsweise könnte kein Zugezogener Staatssekretär werden», schmunzelt er.

Marcel Elsener